

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1996)

Heft: 4: Das Zauberwort heisst Effizienz

Artikel: "CAN-Gründung löste nicht nur Freude aus"

Autor: Tschernitschegg, Inge

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586965>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

“CAN-Gründung löste nicht nur Freude aus”

Nach der gewonnenen Moratoriumsabstimmung von 1990 kam für kurze Zeit Hoffnung auf. Mit der Leistungserhöhung von Mühleberg folgte eine neue Eiszeit. Die Anti-Atom-Bewegung rückte näher zusammen und gründete die Anti-Atom-Koalition (CAN). Schliesslich musste die Nagra zusammen mit der Atomlobby und den atomfreundlichen Bundesbehörden die historische Niederlage am Wellenberg einstecken.

*Von Inge Tschernitschegg**

Immer wieder ist vom geplatzen Energiefrieden die Rede. Dabei ist dieser vermeintliche Energiefrieden gar nie zustande gekommen. Das Aktionsprogramm “Energie 2000”, nach Annahme der Moratoriumsinitiative von den Bundesratsparteien verabschiedet, weckte zwar Hoffnungen. Fast ein halbes Jahr lang. Dann wurde das Programm “aufgestockt”. Leider nicht mit zusätzlichen Massnahmen, die der Förderung der erneuerbaren Energien gedient oder die die Stabilisierung des Verbrauchs zum Ziel gehabt hätten. Ins Programm aufgenommen wurden erhöhte Produktionsziele. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) erreichte, dass in das Programm eine zehnprozentige Leistungssteigerung für die bestehenden Atomkraftwerke und eine fünfprozentige Erhöhung der Wasserkrafterzeugung hineingeschmuggelt wurden.

Am 14. Dezember 1992 bewilligte der Bundesrat tatsächlich für das veraltete AKW Mühleberg nicht nur weitere 10 Betriebsjahre, sondern auch noch eine 10-prozentige Leistungserhöhung. Dies, obwohl sich das direkt betroffene Berner Stimmvolk in einer Konsultativabstimmung im Februar des gleichen Jahres klar dagegen ausgesprochen hatte. Grund genug für die SES und andere Umweltorganisationen, aus der Konfliktlösungsgruppe Radioaktive Abfälle (KORA) auszusteigen.

Die Empörung über diesen bundesrätlichen Entscheid schlug im ganzen Land hohe Wellen. Zum ersten Mal seit der Abstimmung 1990 trafen sich im Januar 1993 zahlreiche Vertreter-

Innen der Umwelt- und Anti-AKW-Organisationen, um über die Gründung einer Anti-Atom-Koalition zu diskutieren. Bis zum Herbst wurde in mehreren Sitzungen ein Gründungsmanifest mit einem klaren, energiepolitischen Forderungskatalog erarbeitet. Oberstes Ziel: “Der sofort beginnende Ausstieg aus der Atomenergie”. Am 1. Oktober 1993 wurde die Schweizerische Anti-Atom-Koalition (CAN) gegründet. Der Zusammenschluss von 24 Umwelt- und atomkritischen Organisationen mit insgesamt einer halben Million Mitglieder wur-

**“Sie können nicht alle
Bügeleisen gleichzeitig
ersetzen.”**

de am gleichen Tag in Bern und Genf den Medien vorgestellt und löste ein gewaltiges Echo aus. Mittlerweile gehören 30 Organisationen dazu.

Dass die Gründung der Anti-Atom-Koalition nicht nur Freude auslöste, bekamen wir bald zu spüren. Für den 14. Dezember 1993 planten wir zum ersten Jahrestag des Mühleberg-Entscheidunges eine Tagung an der ETH Zürich mit dem Ziel, die Sicherheitsdefizite von Altreaktoren öffentlich mit Vertretern des Bundesamtes für Energiewirtschaft (BEW), der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) und den Betreibern zu diskutieren. Wir hatten in ein Wespennest gestochen! Ich hatte von der CAN den Auftrag übernommen, für den 14. Dezember Referenten und Gesprächspartner der “anderen” Seite zu finden. Eine solche or-

Im Rahmen ihres 20jährigen Jubiläums blickt die SES zurück. In vier Folgen soll die SES-Geschichte in Wort und Bild festgehalten werden. Bereits erschienen sind die Beiträge:

- “Als die SES erstmals Zähne zeigte” von Matthias Zimmermann
- “Mit bescheidenen Mitteln Diskussionen ausgelöst” von Ursula Koch
- “Fische aus dem Luganersee besser nicht essen” von Ursula Mauch

ganisatorische Arbeit ist mir nicht fremd und macht mir keinerlei Mühe. Im Normalfall! Ich stürzte mich mit Begeisterung in die Arbeit, denn wir hatten ja zum Ziel, ein Problem, das schliesslich die ganze Bevölkerung angeht, öffentlich zu diskutieren. Transparenz herzustellen ist einer der zentralen Handlungsgrundsätze eines Rechtsstaates. Also müssten alle, die bei einem derart umstrittenen Thema die Verantwortung tragen, sei es für die Sicherheit, sei es für die Bewilligung, daran interessiert sein. Aber wir waren naiv, wenn wir glaubten, dass tatsächlich Interesse daran besteht, eine Risikodiskussion in der Öffentlichkeit zu führen. Meine ersten Kontakte mit möglichen Podiumsteilnehmern verliefen noch positiv. Dann kam die erste Absage von Bundesrat Adolf Ogi. Darauf zog sich der berühmte rote Faden durch alle Gespräche. Und es gab viele. Mit dem BEW, der HSK, den AKW-Betreiberfirmen, der ETH-Zürich, der Uni Basel, dem Paul Scherrer-Institut PSI, den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK), der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA), mit AKW-Nachrüsterfirmen und mit Versicherungen. Die Verfilzung ist dicht und sie gibt zu denken. Es ist daher auch nicht mehr so erstaunlich, dass diejenigen, die im ersten Gespräch ihre Teilnahme zugesagt hatten, plötzlich verhindert waren, was sie sehr bedauerten. Einige wenige wollten glaubhaft mitmachen, ihnen wurde ganz eindeutig ein Maulkorb verpasst. Mit der Zeit bedauerte

* Inge Tschernitschegg ist Mitglied der Geschäftsleitung der Schweizerischen Energie-Stiftung SES



SES-Präsidentin Rosmarie Bär und Grimselverein-Präsident Adolf Urweider an der gemeinsamen Pressekonferenz "Kein Kuhhandel AKW Mühleberg gegen Atomstausee Grimselwest."

Bild: Keystone

niemand mehr seine Absage und einer brachte es auf den Punkt: "Es gibt einen Befehl von oben und es ist beschlossene Sache, dass an Ihren Anlass niemand von unserer Seite kommen wird." Einige Zitate aus den Vorgesprächen zum CAN-Hearing dürfen hier nicht fehlen: "Wenn ein Zug bei Rot fährt und ich bei einem Zusammenstoss mit einem anderen Zug sterbe, ist das für mich gleich. Wenn ich tot bin, dann bin ich tot." "Ein Bügeleisen sieht nach zehn Jahren auch nicht mehr gleich aus. Aber Sie werden es nicht fertigbringen, alle Bügeleisen gleichzeitig zu ersetzen." "Mühleberg hat jetzt ein Menschenalter von 25 Jahren erreicht. Die Menschen werden ja auch älter als 25 Jahre." "Wenn ich dem Pilot nicht glaube, dass er sicher fliegt, steige ich nicht ins Flugzeug." "So lassen Sie den Unfall doch erst einmal geschehen."

Während beim ersten CAN-Hearing die Stühle der Behörden und der Stromproduzenten leer blieben, beteiligten sich beim zweiten Hearing am 14. Dezember 1994 der Direktor der Nagra, Hans Issler und der Sicherheitschef für radioaktive Abfälle der HSK, Dr. Auguste Zurkinden. Er klärte uns darüber auf, dass "ein Endlager nach dem Verschluss nicht mehr als Atomanlage gilt." Diese Aussage bestärkte uns im Vorhaben, eine Studie in Auftrag zu geben, die aufzeigt, wie der Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb von 10 Jahren realisiert werden kann. Am 3. CAN-Hearing, an dem der Direktor des BEW, Dr.

Eduard Kiener, und die Vizepräsidentin des VSE, Dr. Irene Aegerter, teilnahmen, wurde die Studie der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie wird zur Zeit im Rahmen des von Bundesrat Leuenberger lancierten Energiedialogs zusammen mit den Prognosen des VSE und den Perspektiven des BEW diskutiert.

Das Jahr 1993 war für die SES auch intern ein bewegtes Jahr. Conrad U. Brunner übergab nach zwei Amts-

"Die Gründung der CAN löste ein gewaltiges Echo aus."

perioden das Präsidium an Rosmarie Bär und Heini Glauser ersetzte als Vizepräsident Ursula Mauch. Die entsprechenden Wahlen durch den Stiftungsrat fanden bereits im November 1992 statt. Ende 1993 verliess uns Karl Wellinger, der während drei Jahren als Geschäftsleiter wirkte. Darum kämpften wir uns um die Weihnachtszeit durch 70 Bewerbungen, die auf unsere Inserate eingingen. Die Personalkommission des Ausschusses – und später der Stiftungsrat – entschied sich einstimmig für Kurt Marti, dessen einziger Negativpunkt war, dass er erst im August 1993 voll beginnen konnte. So

übernahm ich die interimistische Geschäftsleitung bis zu Kurts Eintritt. Wir bekamen noch weiteren Zuwachs. Marie-Theres Bregy-Benz, die schon in den Anfängen der SES hier arbeitete, kam erfreulicherweise wieder zu uns. Der Kontakt zu ihr war nie abgebrochen, denn in all den Jahren machte sie unsere Buchhaltung. So war ihr auch die ewig prekäre Finanzsituation der SES etwas Vertrautes. Im Juni 1996 hat Kurt Marti die Geschäftsleitung an Armin Braunwalder übergeben, weil er seinen Wohnsitz ins Wallis verlegte. Von dort aus redigiert Kurt nun als freier Journalist das "Energie & Umwelt". Armin hat sich mit seiner ungeheuren Kreativität und mit seinem Elan so gut bei uns eingearbeitet, dass es fast unglaublich ist, dass er erst ein halbes Jahr bei uns ist.

Wäre das ursprüngliche Projekt "Gewähr" nicht zum Mythos geworden, hätte die Nagra bis Ende 1985 den Nachweis für die "dauernde, sichere Endlagerung" der radioaktiven Abfälle erbringen müssen. Diese Forderung leitete sich aus dem 1979 revidierten und vom Volk angenommenen Atomgesetz sowie von Auflagen an die Betriebsbewilligung für AKW ab. 1981 bewertete die Nagra 100 ausgewählte Standortgebiete. Der Wellenberg war unter der Bezeichnung "Altzellen" dabei. Aufgrund weiterer, wissenschaftlicher Untersuchungen wurden 80 Standortgebiete als untauglich ausgeschieden, darunter "Altzellen". 1983 reichte die Nagra für die drei ausgewählten Projekte

Oberbauenstock UR, Piz Pian Grand GR und Bois de la Glaive VD beim Bundesrat Sondiergesuche ein. Sie wurden 1984 bewilligt, allerdings mit der Auflage, einen vierten Standort zu bewerten. Als die Nagra 1985 behauptete, mit dem Standort Oberbauenstock die Gewähr für eine sichere Endlagerung erbracht zu haben und deshalb die Bewilligung für den Stollenbau beantragte, verweigerte der Bundesrat diese und verlangt nochmals die Evaluierung eines vierten Standortes. 1986 wurde klar, dass der Widerstand in den Standortgebieten zu gross wurde. Die Bauern von Ollon, die mit Mistgabeln die Nagra vertrieben, machten Geschichte. Wie erleichtert muss die Nagra gewesen sein, als die Nidwaldner Regierung ihr Kantonsgebiet für Sondierungen offerierte. Die geplanten Investitionen von 300 Millionen Franken machten nicht nur das möglich, sie verwandelten auch das "untaugliche Altzellen" in einen "tauglichen Wellenberg". Das weckte Unbehagen in grossen Teilen der Bevölkerung. Der versprochene Geldsegen der Nagra beeindruckte längst nicht alle. Der Widerstand manifestierte sich im Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen (MNA) und in der Arbeitsgruppe kritisches Wolfenschiessen (AkW). Sie initiierten zwei Verfassungsinitiativen, die beide angenommen wurden und die der Bevölkerung in Zukunft ein Mitentscheidungsrecht bei der Erteilung von Konzessionen für die Lagerung von

Atommüll sichern. Dagegen erhob die Nagra mit einer 90-seitigen Rechtschrift Beschwerde beim Kantonalen Verwaltungsgericht und beim Bundesgericht.

Das Bundesgericht trat nicht auf diese Beschwerde ein. Trotzdem gab die Nagra 1993 hoffnungsvoll den Wellenberg als ihren favorisierten Stand-

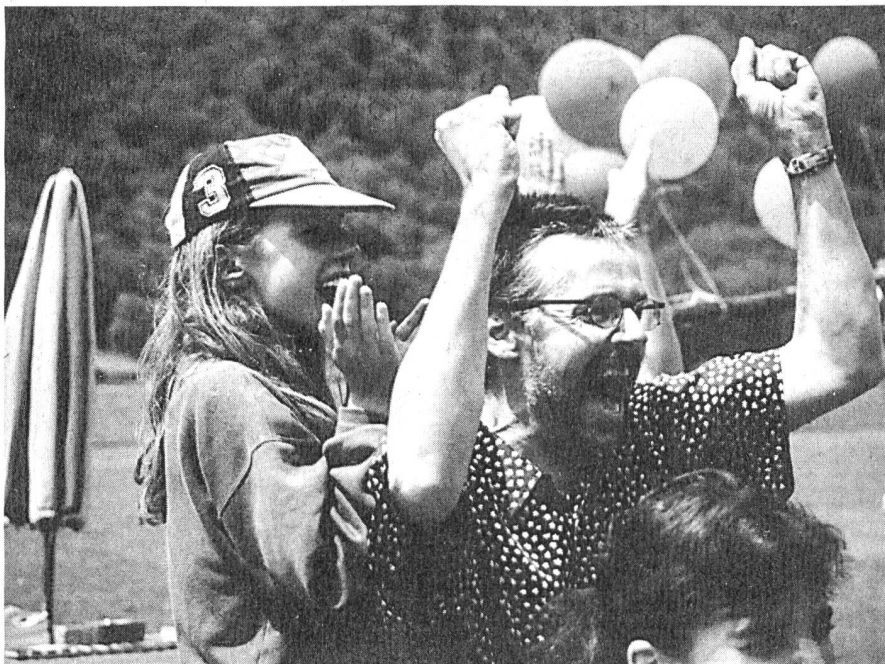
**“Die SES hat die
Nidwaldner Opposition
immer wieder mit
fachlicher Beratung
unterstützt.”**

ort bekannt und untermauerte diesen Entscheid mit einer aufwendigen Werbekampagne.

Für die SES war die Problematik der Entsorgung von radioaktiven Abfällen seit ihrer Gründung im Jahr 1976 ein wichtiges Thema und das ist es bis heute geblieben. Die verschiedenen SES-Reports "Geologische Aspekte der Endlagerung" (1979), "Wege aus der Entsorgungsfalle" (1981), "Gewähr-Fiasko" (1984) und "Mythos Gewähr" (1989) sprechen eine klare Sprache. Sie machen deutlich, dass es bis heute keine Lösung für eine verantwortbare, sichere Langzeitlagerung gibt. Von einer End-

lagerung darf gar nicht gesprochen werden. Die Atomtechnologie hat uns in eine Sackgasse geführt. Sie produziert Abfälle, die die Sicherheit von kommenden Generationen beeinträchtigen. Die logische Konsequenz wäre, sofort damit aufzuhören, noch mehr Abfall zu produzieren. Aber so lange die Suche nach einer Lösung des Müllproblems in den Händen der Verursacher liegt, ist es naiv zu glauben, sie würden gegen ihre Interessen handeln. (Die Nagra wird zu 5/6 von den AKW-Betreibern und zu 1/6 vom Bund finanziert.)

In den Jahren 1993 bis 1995 bemühte sich die Nagra sehr, Begeisterung für ihr Vorhaben zu wecken. Aber die Bevölkerung liess sich nicht für dumm verkaufen, da konnten auch gesponsorte Konzerte, Sportplätze und Schwedenreisli wenig ausrichten. Dagegen wurden Podiumsdiskussionen veranstaltet, an denen Befürworter und Gegner eines Endlagers zu Wort kamen. Die SES hat während dieser Zeit die Nidwaldner Opposition immer wieder mit fachlicher Beratung unterstützt. Kurz vor der Abstimmung im Kanton Nidwalden fand die berühmte Arena-Sendung im Fernsehen statt, bei der Rosmarie Bär mit Maximilian Reimann erfolgreich die Klinge kreuzte. Die Voten der VertreterInnen aus Nidwalden brachten im letzten Moment wohl so manches Nein an der Urne. Am 25. Juni 1995 stimmte das Nidwaldner Volk gegen ein Endlager im Wellenberg. Die Vernunft und die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen



MNA-Präsident Peter Steiner freut sich über den historischen Sieg am Wellenberg über die "Habsburger".

**10 Jahre nach Tschernobyl:
Die Kinder von Polleskoe wer-
den nächstes Jahr evakuiert.**

Bild: Inge Tschernitschegg



hatten über die Nagra-Millionen gesiegt!

10 Jahre nach der Tschernobyl-Katastrophe reiste ich mit einer Gruppe von Ärztinnen und Ärzten und einer Journalistin in die Ukraine. Ich wusste vieles über die Auswirkungen der Katastrophe. Schliesslich hatte ich zum 8. und 10. Jahrestag Veranstaltungen organisiert, an denen Wissenschaftler und direkt Betroffene aus der Ukraine und aus Weissrussland teilnahmen. Und ich hatte viel gelesen. Aber es ist völlig anders, Ludmilla Krischanowskaya an einer Tagung in Zürich zu erleben oder ihr im Institut für Allgemeine und Forensische Psychiatrie in Kiew gegenüberzusitzen. Dort werden viele Liquidatoren, die in den ersten Monaten und Jahren nach dem Unfall mit Aufräumarbeiten beschäftigt waren, betreut. Ludmilla setzt sich dafür ein, dass endlich nicht mehr bestritten wird – vor allem von westlicher Seite –, dass durch die Strahlung auch das Zentralnervensystem geschädigt wird.

Einige Tage später besuchten wir den Unfallort. Das Gebiet im Umkreis von dreissig Kilometern um das AKW wurde nach dem Unfall zur Todeszone erklärt und mit Stacheldraht von der Umgebung abgetrennt. Heute ist der Zutritt nur mit Bewilligung an bestimmten, von Soldaten bewachten Checkpoints möglich. Die zweite Zone ist die 10-

Kilometerzone um den AKW-Komplex und die Stadt Pripjat, ebenfalls mit Stacheldraht abgesperrt. Dafür braucht es eine weitere Bewilligung. Wir müssen unser Auto verlassen, denn in diesem stark kontaminierten Gebiet dürfen nur spezielle Fahrzeuge verkehren. Unser Führer im Kampf-

**“Und manchmal kommt
ein alter Mensch aus
einem der wenigen noch
bewohnten Häuser.”**

anzug erwartet uns, in der Hand die Listen mit unseren Personalien. Er begleitet uns zum Sarkophag, führt uns durch die Geisterstadt Pripjat, in der 50'000 Menschen gelebt haben, die innerhalb von 36 Stunden evakuiert wurden. In der ehemaligen Kinder-Poliklinik, die wie alle anderen Häuser bis auf einige Kinderzeichnungen an den Wänden leergeplündert wurde, dürfen wir bis aufs Dach. Später werden wir im Informationscenter von Vladimir Zhylynsky empfangen, der für die radioaktiven Abfälle “verantwortlich” ist. Von allen seinen Schilderungen lässt mich eines bis heute nicht mehr los: Bei den

Aufräumarbeiten kurz nach der Katastrophe musste man mit einfachen Mitteln das herumliegende, stark radioaktiv verseuchte Material irgendwie verschwinden lassen, um die Bevölkerung zu schützen. Es wurde in sieben- bis achthundert sogenannten Gräbern verscharrt. Niemand weiss, wieviele es wirklich sind und wo sie genau liegen. Das Material muss aber ausgegraben und neu konditioniert werden. Welche Information können künftige Generationen erwarten?

Zwei Tage später besuchten wir Polleskoe. In dieser Stadt haben vor dem Unfall 20'000 Menschen gelebt, heute sind es 800, die im nächsten Jahr auch evakuiert werden sollen. Darunter sind 116 Schulkinder, die von engagierten Lehrkräften unterrichtet werden, obwohl sie seit Monaten keinen Lohn mehr erhalten haben. In der ehemals wichtigen Kleinstadt hatten Menschen Arbeit in der Butterfabrik, der Möbelfabrik, der Brotfabrik oder im Gaswerk. Heute fehlen manchen von den netten kleinen Holzhäuschen die Dachziegel oder die Fenster, von manchen ist nur noch das Gerippe übriggeblieben. Was möglich war, wurde für den Neuanfang woanders mitgenommen. Geblieben sind blühende Sträucher in den Vorgärten. Und manchmal kommt ein alter Mensch aus einem der wenigen noch bewohnten Häuser. □